

V0142/17
öffentlich



SPD Stadtratsfraktion, Unterer Graben 83-87, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Datum 21.02.2017

Telefon (0841) 3 40 06

Telefax (0841) 3 42 25

E-Mail buero@spdingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	21.02.2017

Ingolstadt-Card

-Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21.02.2017 zu TOP 9.3-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Zu Tagesordnungspunkt 9.3 der heutigen Stadtratssitzung stellen wir folgenden

Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Kaufkraftindex in Ingolstadt eine Aufstockung der Regelsätze bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII) sowie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII) zu prüfen. Der Stadtrat empfiehlt, nach dem Vorbild der Landeshauptstadt München, die Bezieher der vorgenannten Leistungen angesichts des hohen Miet- und Preisniveaus in Ingolstadt in die Lage zu versetzen, mit höheren Regelsätzen dieses Preisniveau auszugleichen. Die Auswirkung höherer Regelsätze auf den Haushalt der Stadt sind dem Stadtrat darzustellen.

Begründung:

Zur Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums räumt das SGB XII ausdrücklich die Möglichkeit ein, die vom Bund vorgegebenen Regelsätze bei der Hilfe zum Lebensunterhalt anzuheben bzw. bei der Grundsicherung aufzustocken. München hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und den Regelsatz bei der Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. bei der Grundsicherung für den Haushaltsvorstand bzw. für Alleinstehende um 29 Euro erhöht. Für Kinder gibt es zwischen 10 und 15 Euro mehr. Mit den höheren Regelsätzen würden die Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Grundsicherung in die Lage versetzt, ohne die Gefahr einer Stigmatisierung bestimmte Leistungen selbst finanzieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Achim Werner, Fraktionsvorsitzender